

488404-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Finanz- und Versicherungsdienstleistungen – Kommunale
Vermögenseigenschadenversicherung
OJ S 134/2026 15/07/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Offenbach am Main

E-Mail: vergabestelle@offenbach.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Kommunale Vermögenseigenschadenversicherung

Beschreibung: Kommunale Vermögenseigenschadenversicherung für die Stadt Offenbach am Main

Kennung des Verfahrens: 4dbe988e-35ed-4d3a-9f7f-3c055b28963c

Interne Kennung: 2026-53 D

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 66000000 Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 66515000 Schaden- oder Verlustversicherungen, 66515200 Vermögensversicherungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Berliner Str. 100

Stadt: Offenbach am Main

Postleitzahl: 63065

Land, Gliederung (NUTS): Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt (DE713)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Weitere Auskünfte erteilt ausschließlich die vorstehend genannte Kontaktstelle über die Nachrichtenfunktion der eVergabepattform (§ 9 Abs. 1 VgV).

Teilnehmerfragen müssen bis Montag, 03. August 2026 gestellt werden, damit diese noch beantwortet werden können. Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über den Workflow der eVergabepattform einzureichen. Eine Übermittlung per Post, Telefax oder E-Mail ist ausgeschlossen und nicht form- und fristwährend. Bitte beachten Sie, dass Teil E - Angebotsunterlagen bereits jetzt aus Informationsgründen mit veröffentlicht wurde, jedoch erst mit Stufe 2 - Aufforderung zur Angebotsabgabe einzureichen wäre, und nicht bereits mit dem

Teilnahmeantrag. Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote (Erstangebote) zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen (§ 17 Abs. 1 VgV).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: /

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Auftragsunterlagen

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Kommunale Vermögenseigenschadenversicherung

Beschreibung: Gegenstand der Beschaffung ist der umfassende Schutz des städtischen Vermögens gegen Schäden durch schuldhafte Handlungen oder Unterlassungen von Vertrauenspersonen, Straftaten Dritter sowie sonstige in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die kommunale Vermögenseigenschadenversicherung (AVB VE, Teil F der Vergabeunterlagen) näher beschriebene Ereignisse. Die Einzelheiten des Versicherungsschutzes und des Vertragsverhältnisses ergeben sich aus der Versicherungsvertragsurkunde (Teil G der Vergabeunterlagen). Die Stadt Offenbach am Main ist eine kreisfreie Stadt im Bundesland Hessen mit rund 140.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Sie nimmt als Gebietskörperschaft eigene und übertragene Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wahr und betreibt eine Vielzahl von Beteiligungsgesellschaften und sonstigen Einrichtungen. Zur Absicherung des kommunalen Vermögens gegen Schäden durch schuldhafte Handlungen oder Unterlassungen von Vertrauenspersonen, durch Straftaten Dritter sowie durch sonstige versicherungspflichtige Ereignisse schreibt die Stadt Offenbach am Main eine kommunale Vermögenseigenschadenversicherung aus. Zu den wesentlichen Deckungsbestandteilen zählen u. a.: • Vertrauensschadenversicherung für schuldhafte Handlungen oder Unterlassungen von Vertrauenspersonen (§§ 1 ff. AVB VE), • Diebstahl, Einbruchdiebstahl, Raub, Unterschlagung, Betrug, Computerbetrug und verwandte Straftatbestände, • EDV-Schäden gemäß § 4 AVB VE, • nicht aufgeklärte Kassenfehlbeträge (Mankoversicherung gemäß § 7 AVB VE). Die Versicherungssumme beträgt 125.000,00 EUR je Versicherungsfall (Grundversicherung); für den versicherten Personenkreis der Zusatzteilversicherung (Bürgermeister, Beigeordnete, Rat und Ausschüsse, Kämmerer) gilt eine zusätzliche Deckungssumme von 125.000,00 EUR. Zur fachlichen Begleitung des Vergabeverfahrens hat die Auftraggeberin einen unabhängigen Versicherungsberater im Sinne des § 34d Abs. 2 GewO beauftragt, der ausschließlich in ihrem Interesse tätig ist und keine wirtschaftlichen Bindungen an Versicherungsunternehmen unterhält. Das Vergabeverfahren wird gemäß § 119 Abs. 5 GWB i. V. m. §§ 14 Abs. 3 Nr. 3, 17 VgV aufgrund der Komplexität des Leistungsgegenstandes als zweistufiges Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme durchgeführt. Auf der ersten Stufe (Teilnahmewettbewerb) werden bis zu fünf geeignete Bewerber ausgewählt und zur Abgabe eines Erstangebots sowie zur Teilnahme an Verhandlungen aufgefordert. Nach Abschluss der Verhandlungsphase werden die Bieter zur Abgabe eines endgültigen Angebots gemäß § 17 Abs. 10 VgV aufgefordert. Die Auftraggeberin behält sich vor, den Zuschlag gemäß § 17 Abs. 1 VgV bereits auf Grundlage der Erstangebote zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten. Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 66000000 Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 66515000 Schaden- oder Verlustversicherungen, 66515200

Vermögensversicherungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Auftraggeberin behält sich vor, die SeniorenZentrum Offenbach GmbH im Wege einer Bedarfsposition mit vorab festgelegter Budgetobergrenze in den Versicherungsschutz einzubeziehen. Der optionale Einschluss steht unter dem Vorbehalt einer gesonderten Ausübungserklärung der Auftraggeberin und wirkt sich nicht auf die Wertung der Zuschlagskriterien aus. Näheres regeln Teil E (Angebotsunterlagen), Teil F (Leistungsbeschreibung), Teil G (Versicherungsvertragsurkunde) und Teil D (Vergabebedingungen) der Vergabeunterlagen. Der Versicherungsvertrag läuft zunächst fest für eine Mindestvertragslaufzeit von drei (3) Jahren bis zum 31.12.2029, 24:00 Uhr. Während der Mindestvertragslaufzeit bleiben Beitrag, Deckungssummen und Versicherungsbedingungen zu den bei Zuschlagserteilung vereinbarten Konditionen unverändert (vorbehaltlich einer vom Versicherungsnehmer zu vertretenden objektiven Risikoänderung gemäß § 12 AVB VE). Nach Ablauf der Mindestvertragslaufzeit verlängert sich der Vertrag stillschweigend jeweils um ein weiteres Versicherungsjahr (01.01. bis 31.12.), sofern er nicht mit einer Frist von sechs Monaten (Versicherer) bzw. drei Monaten (Auftraggeberin) zum Ende der jeweils laufenden Vertragsperiode in Textform gekündigt wird. Nach Ablauf der Mindestvertragslaufzeit ist der Versicherer berechtigt, den Beitrag zum jeweiligen Verlängerungstermin ordentlich anzupassen; der Auftraggeberin steht in diesem Fall ein außerordentliches Kündigungsrecht gemäß § 14 Abs. 2 AVB VE zu.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Berliner Str. 100

Stadt: Offenbach am Main

Postleitzahl: 63065

Land, Gliederung (NUTS): Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt (DE713)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Teilnahmebedingungen Befähigung zur Berufsausübung

einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister •

Nachweis der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb der Versicherung gemäß § 8 VAG bzw. - bei

EU-ausländischen Versicherern - Nachweis der Notifizierung nach den §§ 61 ff. VAG

(Dienstleistungs- oder Niederlassungsfreiheit); zugelassen sind insbesondere

Versicherungsaktiengesellschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit im Sinne

des § 210 VAG; • Angabe von Firmenname, Anschrift, Ansprechpartner nebst Kontaktdaten; •

Erklärung, dass keine Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB vorliegen, sowie Erklärung zum Nichtvorliegen eines Russland-Bezugs im Sinne des Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014; • Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. §§ 4, 5 HVTG 2026, mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen (Teil C der Vergabeunterlagen); Ausschluss vom Vergabeverfahren bei einer gegen den Bewerber verhängten Geldbuße von mindestens 2.500 Euro wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (§ 19 Abs. 1 und 3 MiLoG) sowie bei einem innerhalb der letzten drei Jahre rechtskräftig festgestellten schuldhaften Verstoß gegen das HVTG (§ 20 Abs. 2 HVTG 2026); • bei Bewerbergemeinschaften: von allen Mitgliedern unterzeichnete Bewerbergemeinschaftserklärung gemäß § 53 Abs. 9 VgV mit Benennung eines bevollmächtigten Vertreters und Erklärung der teilschuldnerischen Haftung entsprechend der jeweiligen Versicherungsquote. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit • Bonitätsrating (Mindestanforderung): mindestens BBB- (Standard & Poor's / Fitch / Scope), Baa3 (Moody's) oder ein gleichwertiges Rating einer anerkannten Ratingagentur, nachzuweisen durch Vorlage des aktuellen Rating-Berichts; • Nachweis eines ausreichenden Rückversicherungsschutzes (Mindestanforderung): Angabe, in welchem Umfang das Risiko im Eigenbehalt gehalten bzw. rückversichert wird; Oberhalb dieser Mindestanforderungen werden das Bonitätsrating (bis zu 10 Punkte) sowie nachgewiesene Risikomanagementmaßnahmen gemäß §§ 23-29 VAG (bis zu 14 Punkte) im Rahmen der Auswahlentscheidung nach § 51 VgV vertiefend bewertet (siehe Ziffer II.2.9). Technische und berufliche Leistungsfähigkeit • Nachweis von mindestens drei vergleichbaren Referenzprojekten aus dem Bereich der Vermögenseigenschadenversicherung bzw. vergleichbarer Deckungskonzepte für öffentliche Auftraggeber oder vergleichbare Institutionen, die innerhalb der letzten fünf Jahre vor Ablauf der Bewerbungsfrist ausgeführt wurden; • Nachweis eines Risikomanagementsystems gemäß §§ 23-29 VAG (bzw. der nationalen Äquivalente für EU-ausländische Versicherer); • Angabe der zur Betreuung des Vertrages vorgesehenen (stellvertretenden) Kontaktperson bzw. Ansprechperson; • bei beabsichtigter Einbindung von Unterauftragnehmern oder Dritten (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV): Vorlage der jeweiligen Verpflichtungserklärung(en) und Eignungsnachweise mit dem Teilnahmeantrag. Die Vergabeunterlagen können ausschließlich über die oben genannte eVergabeplattform gemäß §§ 41 Abs. 1, 9 VgV unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden. Eine Bewerbung um Teilnahme am Verhandlungsverfahren (Teilnahmeantrag) ist ausschließlich mittels des von der Auftraggeberin vorgegebenen Bewerbungsformulars (Teil C der Vergabeunterlagen) nebst zugehöriger Anlagen möglich. Mit dem Teilnahmeantrag sind sämtliche geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise einzureichen. Fehlende Angaben, Erklärungen oder Nachweise zur Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung können gemäß § 56 Abs. 2 VgV innerhalb einer von der Auftraggeberin gesetzten Nachfrist nachgefordert werden; ausgeschlossen ist die Nachforderung von Unterlagen, die die Bewertung der Auswahlkriterien oberhalb der Mindestanforderung betreffen. Der Teilnahmeantrag ist gemäß § 53 Abs. 1 VgV i. V. m. § 126b BGB in Textform elektronisch über die eVergabeplattform zu übermitteln; eine Übermittlung per Post, Telefax oder E-Mail ist ausgeschlossen und nicht form- und fristwährend. Bewerbergemeinschaften sind zugelassen. Jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft hat einen gesonderten, vollständig ausgefüllten und unterzeichneten Teilnahmeantrag einzureichen; eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Bewerbergemeinschaftserklärung gemäß § 53 Abs. 9 VgV ist zwingend beizufügen. Mehrfachbewerbungen - auch durch verschiedene Niederlassungen desselben Unternehmens oder mehrere Mitglieder ständiger Arbeitsgemeinschaften - sind unzulässig und führen zum Ausschluss. Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Öffentliche Aufträge sind gemäß § 122 GWB i. V. m. § 42 VgV an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen zu vergeben, die nicht nach den §§ 123, 124 GWB

ausgeschlossen worden sind. Die Auftraggeberin beabsichtigt, gemäß § 17 Abs. 4 Satz 2, § 51 VgV bis zu fünf geeignete Unternehmen (Bewerber) auszuwählen und zur Angebotsabgabe und Teilnahme an Verhandlungen aufzufordern. Für den Fall, dass mehr als fünf Unternehmen die erforderliche Eignung oberhalb der Mindestanforderung in identischem Umfang nachweisen, wird in entsprechender Anwendung des § 75 Abs. 6 VgV eine Losentscheidung herbeigeführt (vgl. OLG Hamburg, Beschluss vom 20. März 2019 - 1 Verg 1 /19). Die Auswahlentscheidung erfolgt in einem dreistufigen Prüfschema: • 1. Prüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB; • 2. Prüfung der Erfüllung der bekanntgemachten Mindestanforderungen an die Eignung (Ziffer III.1); • 3. Bewertung der Eignung oberhalb der Mindestanforderung anhand eines Punktesystems mit maximal 24 Punkten, davon bis zu 10 Punkte für das Bonitätsrating und bis zu 14 Punkte für nachgewiesene Risikomanagementmaßnahmen gemäß §§ 23-29 VAG; die Bewerber mit der höchsten erreichten Punktzahl werden bis zur Höchstzahl ausgewählt. Weitere Verfahrensbedingungen ergeben sich aus den Vergabeunterlagen, insbesondere aus Teil A (Allgemeine Verfahrensbedingungen), Teil B (Bewerbungsbedingungen für den Teilnahmewettbewerb) und Teil D (Vergabebedingungen für die Angebots- und Verhandlungsphase).

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: • Environmental (Umwelt): Maßnahmen zur ökologischen Effizienz im Leistungsbereich (z. B. Grad der Digitalisierung in der Schadenbearbeitung, Reduktion von Ressourcenverbrauch, Green-IT in der Verwaltung).

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: • Social (Soziales): Maßnahmen zur Förderung der Arbeitnehmerbelange im mit der Durchführung betrauten Bereich (z. B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Diversity-Programme, Maßnahmen zur psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz). • Governance (Unternehmensführung): Nachhaltige Kapitalanlagepolitik (ESG-Filter bei der Anlage von Prämieinnahmen) sowie Implementierung von Compliance-Richtlinien zur Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Der Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme

Gefördertes soziales Ziel: Faire Arbeitsbedingungen

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Auftragsunterlagen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Nachhaltigkeitskriterien

Beschreibung: Nachhaltigkeitskriterien

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 90

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19f5aff85b0-5cd727a37e060872

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: www.had.de

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 18/08/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.had.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es werden Unterlagen nachgefordert, die nach dem Gesetz nachgefordert werden dürfen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe "Zusätzliche Informationen" und Vergabeunterlagen

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen / Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Es wird auf die §§ 155 ff. GWB verwiesen. Hinsichtlich der zu beachtenden Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen ist § 160 Abs. 3 GWB zu beachten. Danach ist ein Nachprüfungsantrag insbesondere unzulässig, soweit: • der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB); • Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB); • Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung bzw. Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB); • mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Offenbach am Main

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Offenbach am Main

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Offenbach am Main

Registrierungsnummer: 06413000

Postanschrift: Berliner Str. 100

Stadt: Offenbach am Main

Postleitzahl: 63065

Land, Gliederung (NUTS): Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt (DE713)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Rechtsamt, Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@offenbach.de

Telefon: +49 6980652970

Internetadresse: <https://www.offenbach.de>

Profil des Erwerbers: www.had.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen / Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: t:06151126603

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Fax: +49 6151125816

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: cd997968-3589-462e-9380-b8f0a1cc163a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/07/2026 19:26:14 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 488404-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 134/2026

Datum der Veröffentlichung: 15/07/2026